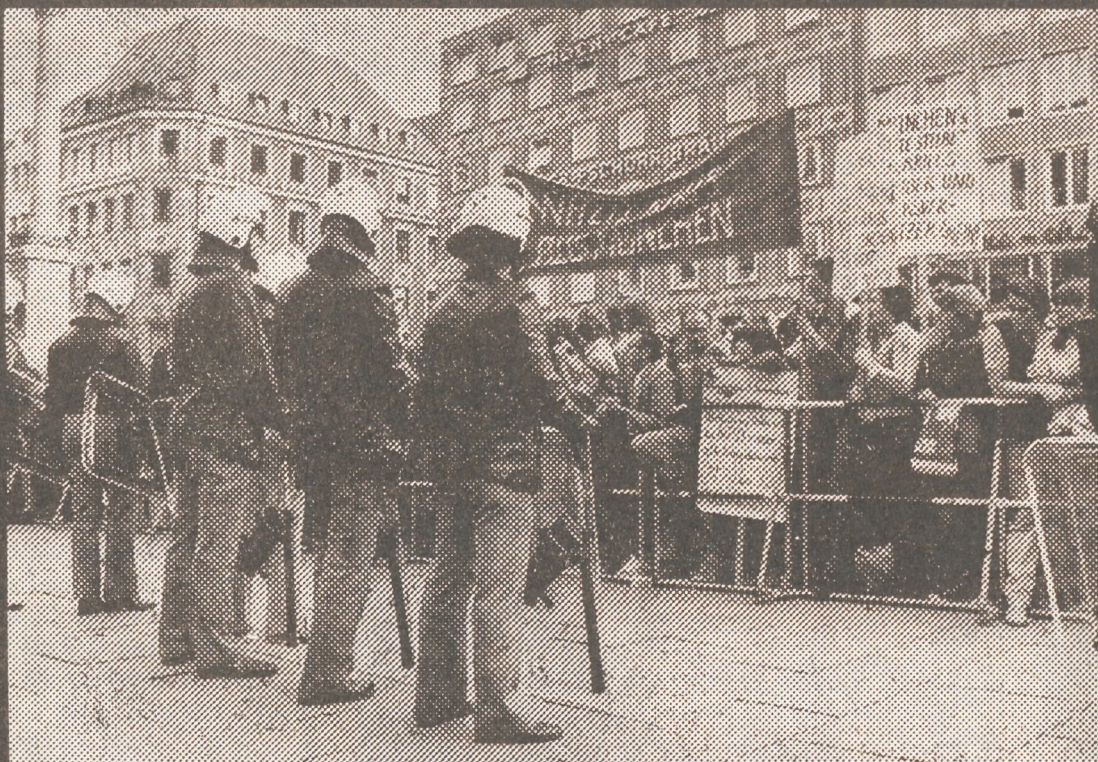


DEMOKRATISCHER INFORMATIONSDIENST

-,50

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee September/Oktober 1980 Nr.41



WAS MACHEN WIR AUS DIESER REPUBLIK?

IN DIESER NUMMER:

<u>WAS MACHEN WIR AUS DIESER REPUBLIK?</u>	Seite 3
Ist die Gefahr von rechts 'abwählbar'? Die Reaktion formiert sich - was ist zu tun?	
<u>SOLL DAS WIEDER WIRKLICHKEIT WERDEN?</u>	Seite 7
Faschisten versuchen Ausländer zum Sündenbock der Nation zu machen	
<u>VON DREGGER PROPHEZEIT - VON DER POLIZEI AUSGEFÜHRT</u>	Seite 9
Den Tod im Wahlkampf längst einkalkuliert - die Rechnung der Rechten darf nicht aufgehen	
<u>KEINE HAND FÜR DEN ÖFFENTLICHEN SCHWUR AUF DEN MILITARISMUS!</u>	Seite 11
Öffentliche Vereidigung von Soldaten - das Volk soll wieder an's Säbelrasseln gewöhnt werden	
<u>REGENSBURG: BRAUNE SUPPE VERSALZEN</u>	Seite 12
DVU-Veranstaltung verhindert - ausser Spesen nichts gewesen	
<u>EINE ABFUHR FÜR DIE NPD IN MÜNCHEN - DENNOCH EINE NIEDERLAGE FÜR DIE DEMOKRATEN</u>	Seite 13
Durch entschlossenes Handeln hätte man mehr erreichen können	
<u>DOKUMENTE ZUR GEWERKSCHAFTSFRAGE</u>	Seite 14
Vergleich der Stoiber-Papiere mit Hitler's Mein Kampf	
<u>ARTIKEL 5 GG AUF DEM PRÜFSTAND</u>	Seite 16
Zum 'Anachronistischen Zug': Ist Brecht Kunst oder Politik?	
<u>DEFFNER IM ABSEITS</u>	Seite 20
DGB-Vorsitzender von Bayern will Brecht-Tochter nicht mehr bei der Gewerkschaft auftreten lassen	
<u>LESERBRIEFE:</u> zum Thema: Rederecht für Strauss	Seite 21
zum Thema: Erfolge im Plakettenkrieg	Seite 23
<u>VORSICHT FALSCHER FREUNDE</u>	Seite 26
Die Reaktion versucht die Streiks in Polen für ihre Ziele zu nutzen	

Was machen wir aus dieser Republik?

Als die Reaktion ihren Kandidaten öffentlich aufgestellt hatte, bewegte sich etwas in dieser Republik: Viele Demokraten wurden wachgerüttelt. Spontan war die Meinung: Nein zu diesem Mann! Nein zu Strauß! Stoppt Strauß!

Nach ihren Erfolgen (Essen, Landtagswahlen in NRW) steht heute die Anti-Strauß-Bewegung vor den Fragen:

Ist Strauß schon gestoppt? Entscheidet diese Wahl die Zukunft der Republik? Was wird danach?

Strauß und sein Programm, was die Herren von den Chefetagen wollen, kann man das so einfach abwählen?

Was bedeuten Jenen, die den "Geheimtip der Industrie" antreten ließen, die Wahlurnen und eine Republik?

Ein sorgfältiger Blick ins Tagebuch dieser "freiheitlich-sozialen Marktwirtschaft" sagt mehr:

Der Wirtschaftsteil der Zeitungen spiegelt wider, worauf sich die Herren bereits vorbereiten - auf den Weg in die schwerste Krise der Nachkriegszeit. Die Institute gehen von einer Verdoppelung (!) der Arbeitslosen bis 1985 aus. Der Weg dorthin hat schon begonnen. Verglichen mit dem Vorjahr nimmt die Arbeitslosigkeit kaum noch ab, Kurzarbeit ist im Steigen begriffen, die Produktion wächst nur noch langsam. Ab Ende 1980 wird sich die Fahrt in Krise und Arbeitslosigkeit also noch beschleunigen.

Auch die USA, "einer unse-

rer größten Handelspartner" kommen in die schwerste Krise der Nachkriegszeit. Offiziell erreichte die Arbeitslosenquote bereits 7% (April). Zum Vergleich die BRD: Mai 1980, offiziell 3,1%.

"Es muß wesentlich tiefer sinken, bis wir Aussicht haben mit unseren Vorstellungen gehört zu werden". So Strauss 1974 (Sonthofen). Schauen wir die Tiefpunkte jenes Systems noch einmal an:

Zu Beginn der Krise von 1966/67 gab es rund 100.000 Arbeitslose, ein Höchststand war mit einer Zahl von 674.000 Arbeitslosen 1967 erreicht. Sechs Jahre später - 1973 - waren es bereits über 200.000 und die Zahl überschritt 1975 erstmals die Millionengrenze: 1.184.000

hatten die Unternehmer arbeitslos gemacht.

In diesem Jahr begann es schon mit 800.000! Was wird im nächsten Jahr sein?

Eine Krise, massenhafte Arbeitslosigkeit kann man nicht einfach abwählen. Was da auf uns zukommt, die Probleme, die uns die Herren Unternehmer servieren, werden nicht einfach damit erledigt, daß am 5. Oktober "richtig" gewählt wurde.

Wenn die Stimmzettel ausgezählt sind, haben wir immer noch mit diesem System zu rechnen. "Der Schoß ist fruchtbar noch aus dem das kroch" - schrieb B. Brecht als Warnung nach dem Hitlerfaschismus. Die Angriffe von Strauss auf die Bundesregierung, der er Miß-



"Mit Hilfstruppen darf man nicht zimperlich sein" (F.J. Strauß)

wirtschaft, Zerrüttung der Staatsfinanzen etc. vorwirft, sind vehement. Was passiert, wenn in den Augen der Unternehmer die SPD völlig abgewirtschaftet hat? Wenn, wie es Rodenstock (BDI) bereits andeutete, man ja nicht auf immer und ewig mit dem

Parlamentarismus leben müsse.

Gibt es schon Anzeichen, daß die herrschenden Kreise mit einer Wachablösung liebäugeln?

Was bedeutet das, wenn sich innerhalb und um die CSU Kräfte sammeln, die auf militante Weise und

sehr schlagkräftig vorgehen? Wenn sich um Strauss, Stoiber und ihresgleichen Kräfte formieren, die mit Hetzparolen und Schlägermethoden für die "Freiheit" losziehen?

Im Folgenden eine kleine Auswahl von Beispielen aus der letzten Zeit.

Hakenkreuz im Schmierbrief

Zuerst kam ein Drohbrief ins Haus (vgl. Bild), zwei Tage darauf standen Schmierereien an der Wohnungstür: ein Hakenkreuz und „Rot-Front-Verrecke“-Aktion Hitler lebt (AHL) in knallroter Farbe. Der Anschlag galt einem aktiven Regensburger SDAJ- und IGM-Mitglied, aber davon betroffenen sind alle Menschen, die damals und heute sagen: „Nie wieder!“ Das Beispiel zeigt, daß die giftige Saat des Neonazismus in unserem Land aufgeht.

**grimm du kommunisten
Sau**

**der tag der vergeltung
ist gekommen
eine tage sind gezählt**



aktion Hitler lebt!

Allerdings: Wen wundert das noch, wenn Schulklassen geschlossen in den Fest-Film „Hitler — eine Karriere“ geführt, wenn an jedem Kiosk „Länder-Hefte“ und die faschistische „Deutsche Nationalzeitung“ angeboten werden?

Es wäre besser für unser Land, wenn Frauen und Männer des Widerstandes gegen die Hitler-Diktatur in den Schulen berichten und zur Aufmerksamkeit mahnen könnten, wenn jegliche Nazi-Publikationen gemäß Verfassungsauftrag verboten wäre. Dazu bedarf es eines noch größeren Drucks von uns!

Alfred Schwarzfischer, Regensburg

Leserbrief aus der "TAT"

Wo sammeln sich die "Ehemaligen"?

Der ehemalige Vorsitzende der NPD-Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten" in Weiden, Helmut Narr, wurde neu-gewähltes Mitglied des Weidener Vorstandes der Jungen Union. Bei den Kommunalwahlen 1978 stand er noch auf der NPD-Stadtratsliste.

Sein Kampf:

Der rechtsradikale "Deutsche Anzeiger" — ein Kopfblatt der "Deutschen Nationalzeitung" und Verbandsorgan der DVU — setzt sich ganz im Sinne des "Bayernkurier" für Strauß ein: "Die Unverschämtheiten, die sich der Kanzlerkandidat der Union im Laufe des Wahlkampfs bieten lassen muß, verdeutlichen den erschreckenden Tiefstand politischer Moral in der Bundesrepublik. Eine "Volksfront" aus Sozialisten, Kommunisten, Liberalisten, Klerikalmarxisten und sonstigen Linksextremisten hat es sich zur Aufgabe gesetzt, alle Möglichkeiten des Rufmordes konsequent und bedenkenlos zu nutzen. Kein Tag vergeht, an dem nicht ein neuer Kübel roter Jauche über Franz Josef Strauß entleert wird."

"Deutscher Anzeiger" vom 20. Juli 1980

**Nebenbei
bemerk**

Fairer Wahlkampf

„Wann ist die Bundesrepublik wieder in Ordnung? Wenn der Bundeskanzler Strauß am Grab von Willy Brandt die Witwe von Herbert Wehner fragt: ‚Wer hat denn eigentlich Egon Bahr erschossen?‘“

Aus „Nord-Ost-Nachrichten“ der Jungen Union Dortmund, Nr. 18/80.

„Du sollst nicht rufmorden.“

Aus den „10 Geboten für einen fairen Wahlkampf in derselben Zeitschrift.“

Unternehmer-Wahlhilfe für
Strauß

Die BDA (Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände) forderte Mitte August ihre Mitgliedsfirmen auf, keine Kritik an Strauß zuzulassen. In dem Rundschreiben hieß es, daß Betriebsräten das Tragen von Stoppt-Strauß-Plaketten absolut verboten sei, anderen gegenüber könne hilfsweise geltend gemacht werden, daß das Tragen der Plakette eine Gefährdung des Betriebsfriedens darstelle.

Strauß im Verfolgungswahn

Der Versuch der publizistischen Büchsenspanner von Strauß, ihn zu einem Nachfolger der verfolgten Juden in der NS-Zeit zu stilisieren, stellt eine Herabsetzung der Opfer von damals dar.....Aber weder er selbst noch seine Anhänger in der BRD werden einer systematischen physischen Verfolgung oder einem psychischen Terror ausgesetzt.....Heute reibt sich die Union an Klaus Staack. Mag sie das getrost tun. Aber trenne sie bitte geschichtlich sauberer! Sonst glauben die Bürger am Ende weniger an die Verfolgung eines Kandidaten, sondern eher an den Verfolgungswahn seiner Schlammwerfer!

aus: Allgm. Jüdische Wochenzeitung v. 25.7.80

Führer italienischer Neofaschisten lobt Strauß:

Bruno Zoratto, der für die in der BRD lebenden Italiener monatlich das Propagandablatt "Oltreconfine" herausgibt, schrieb das Buch "Strauß ein Kampf für das antikommunistische Europa". Zitat: "Er hat die klare Absicht, eine gemeinsame Front der konservativen und Ordnungskräfte ins Leben zu rufen, die sowohl von liberalen und fortschrittlichen Tendenzen in den USA wie auch vom Kommunismus, d.h. von der imperialistischen Politik der Sowjetunion bedroht werden."

Freiwillige vor!

Aus einem Brief des hessischen Sicherheitsverantwortlichen der CDU in Hessen an alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaften Bundesgrenzschutz - Bundeskriminalamt - hessische Polizeibeamte:

Den öffentlichen Beamten wird mitgeteilt, daß es nunmehr an der Zeit sei, "letzte Vorbereitungen für die



KPD/ML-Demo, NPD-Kundgebung: Für einen nationalen Sozialismus?

Durchführung der Großveranstaltungen im Bundestagswahlkampf zu treffen. Nachdem die Rednerlisten vorliegen, sind konkrete Planungen im Sicherheitsbereich möglich... Nach Rücksprache und im Einvernehmen mit Ihren Vorsitzenden wende ich mich an Sie und bitte um Ihre Hilfe bei der Durchführung von Großveranstaltungen in Ihrem Bereich oder vielleicht auch darüberhinaus. Wir sind darauf angewiesen, daß Sie sich in Ihrer dienstfreien Zeit der Partei zur Verfügung stellen..."

"Deutsche Töne von Strauß"

Unter diesem Titel lobt die neonazistische "Deutsche Nationalzeitung" die "Normalisierung" der Bayernhymne durch Strauß:

"Vorbehaltlos zustimmen muß man aber dem Bayerischen Ministerpräsidenten, wenn er am vergangenen Wochenende verfügt hat, die Bayernhymne, die von Strauß-Vorgänger Goppel entdeutscht worden ist, wieder in ihrer Urfassung zu singen. In Anpassung an die allgemeine Umerziehungswelle hatte Goppel die Worte "deutsche Erde Vaterland" durch "Heimaterde Vaterland" und "daß mit Deutschlands Bruderstämmen einig uns ein jeder schau" durch "daß vom Alpenland zum Maine einig uns ein jeder schau" umfunktioniert. Jetzt stellte Strauß die hundert Jahre alte Urfassung des Münchener Dichters Michael Oexner wieder her."

"Deutsche Nat.Ztg." vom 25. Juli 1980



z.B. CSU-Banden

Faschistische Banden - das ist das richtige Wort für die CSU "Greiftruppe", die zur Zeit das Münchner Stadtviertel Haidhausen unsicher machen. In nächtlichen Streifen schützen sie die CSU-Plakate - und wie!

Monika L. malte auf Strauß-Plakaten mit Lippenstift - plötzlich stürzten sich zwei mit Knüppeln bewaffnete Männer auf sie. Am Tag darauf popelte ein Lehrling "aus reinem Zeitvertreib" wie er selber sagte, an einem CSU-Plakat. Da werden er und seine Freunde überfallartig von drei Autos eingekreist, mit einem Knüppel bedroht und sie werden in die Autos ge-

zerzt. Wenige Tage später ist der 23-jährige Peter dran - ihm schlagen die Männer auf den Kopf.

Was tut die Polizei, "Hüter von Recht und Ordnung"? Die Anzeige der CSU'ler wegen Sachbeschädigung nimmt sie auf, für die Anzeige des Lehrlings wegen Körperverletzung, Nötigung und Freiheitsberaubung, gibt sie den Namen des Bandenführers nicht preis!

Sollen wir warten, bis die Antifaschisten nicht mehr ohne Hund und Knüppel leben gehen können, weil solche faschistische CSU-Banden die Stadt terrorisieren?

Daß die CSU als Sammelbecken für Ultrarechte seit Jahren ihre Rolle spielte, ist nichts Neues. Daß jetzt aber in und um die CSU ganz offensichtlich sich Kräfte hervortun,

die in ihrem Auftreten einen Vergleich mit den damaligen Banden der 'Hitler-Bewegung' durchaus standhalten, ist alarmierend. Und daß die Union die Wahlen dazu nutzt, eine

'Sammelbewegung zur Rettung des Vaterlandes' zusammenzutrommeln, sollte allen Demokraten dieser Republik klar werden lassen, daß nach dem 5. Oktober erst recht der Kampf um Demokratie tatkräftig geführt werden muß.

CSU-BUNDESTAGSWAHLKAMPF 1980

Bundeswahlkreis München-Ost / Rudolf Kraus

NRA

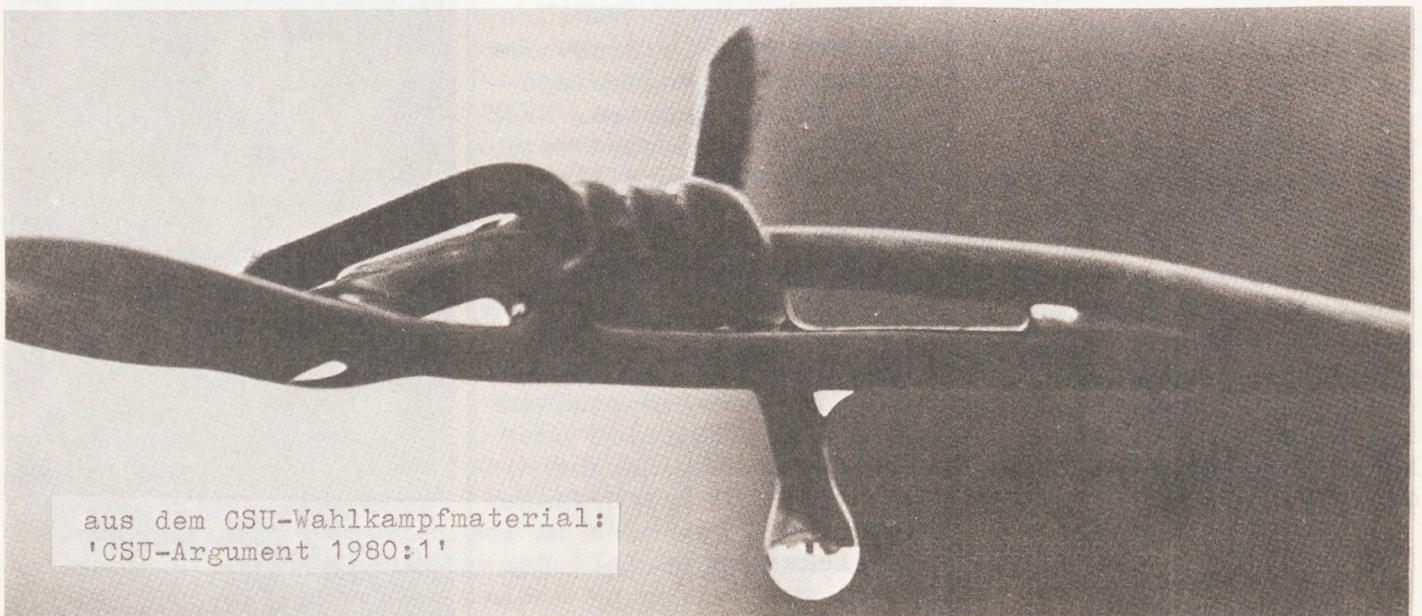
WAHLKAMPF - TELEGRAMM

SCHÄDIGUNG VON PLAKAT-STÄNDERN

Mit zunehmender "Hitze" des Wahlkampfes häufen sich Überklebungen und Beschädigungen unserer Plakatstände. Wir sind daher gezwungen - zumal von der Polizei nicht viel Hilfe zu erwarten ist - aus eigener Initiative etwas zum Schutz unserer Plakate zu unternehmen. Wer bereit ist, an einem - vor allem nächtlichen - Streifendienst teilzunehmen, möge sich bitte unter der Tel.Nr. 93 60 55 melden.

Alle übrigen Mitglieder werden sehr dringend gebeten, ein wachsames Auge auf unsere Ständer zu haben und evtl. Wahrnehmungen - wie z.B. Auto-Kennzeichen von Schädigern oder Überklebern - an die Wahlkampfzentrale zu melden.

Frieden, Freiheit, Sicherheit



aus dem CSU-Wahlkampfmaterial:
'CSU-Argument 1980:1'

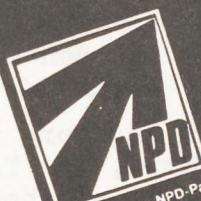
Soll das wieder

Wirklichkeit

werden?

NPD-1980

**AUSLÄNDER-
STOPP
DEUTSCHLAND
DEN
DEUTSCHEN**



**NATIONAL-
DEMOKRATEN**

Herausgeber: NPD-Parteivorstand, Rotestraße 4, 7000 Stuttgart 1
Verantwortlich: Udo Holtman



NAZIS 1933

Eine der zentralen Wahlkampf-slogans der Neonazis ist: "Ausländer-Stopp! Deutschland den Deutschen". In der neonazistischen "Deutschen National-Zeitung" kann man Artikel lesen, in denen die Frage gestellt wird, ob die "Zigeuner eine Gefahr für Deutschland" seien, sie sprechen von Überfremdung usw.

Parallel dazu gewinnt das angebliche Asylantenproblem bei der CSU immer mehr an Bedeutung in der Wahlkampfargumentation. Tandler machte in München eine Veranstaltung mit dem Thema "Mißbrauch des Asylrechts". "Gestern die Juden, heute die Ausländer" schrieben wir vom ASK auf einem Flugblatt, mit dem wir zu einem

Protest gegen die NPD-Kundgebung auf dem Marienplatz in München aufgerufen hatten. Daß dieser Vergleich nicht abwegig ist, bestätigt ein Artikel von Bernhard Ücker (Kommentator im Bayer.Rundfunk) im "Münchener Stadtanzeiger" (s.unten). Hier feiern Nazi-Rassentheorie und Rassenhygiene makabre Urständ.

In die gleiche Richtung geht auch ein Artikel über CSU-MdL Hundhammer im "Münchener Stadtanzeiger" vom 8.8.1980: "

"Es könne aber nicht angehen, daß z.B. in zehn Jahren der Oberbürgermeister

Das haben uns die Umweltschützer gelehrt: Daß nämlich ein See, wenn ihm über ein gewisses Maß hinaus Fremdstoffe zugeführt werden - daß er dann, wie die Fachleute sagen, eines Tages umkippt und so für den Menschen, aber auch für seine ursprüngliche Tier- und Pflanzenwelt vom freundlichen zum feindlichen Gewässer wird. Das, wie gesagt, wissen und lehren unsere Umweltschützer. Wir jedoch sollten allmählich begreifen, daß auch ein Land oder Volk nur bis zu einer bestimmten Grenze mit Fremdstoffen belastbar ist und, wenn diese Grenze mißachtet wird, ebenso in die Gefahr des Umkippens gerät. Für die Einheimischen verwandelt sich dann die Heimat in ein verfremdetes

Zuhause, die jedem Volk innewohnende Aufnahmebereitschaft dem Fremden gegenüber ändert sich in beginnende Abwehr und ein Übersehen dieses Alarmzeichens führt schließlich zur Feindseligkeit, ja zum Fremdenhaß - oder kippt auch um in Resignation mit all ihren negativen Folgen für die Zukunftsbewältigung eines Volkes.

Und gleiches gilt für das Stichwort Asyl, denn letzten Ende geht es darum, den Frachtdampfer „Bundesrepublik Deutschland“ so schwimmfähig zu erhalten, daß er die einen retten und anderen Hilfe bringen kann.
(Münchener Stadtanzeiger, Beilage zur SZ v. 14.8.80)

Münchens "Achmed" heiße, was nicht völlig unmöglich erscheine, wenn man bedenke, daß bereits in vier Jahren der Anteil der ausländischen Kinder in den Schulen 50 Prozent betrage. Es dürfe auch nicht übersehen werden, daß viele Ausländer zwar hier arbeiten und wohnen möchten, aber sich nicht zum Deutschtum bekennen würden."

Die gleichen Vorstellungen wie "Überfremdung" aus nationalistischer Deutschtümelei, die den Ausländern in der Konsequenz jedes Recht absprechen (wie z.B. das kommunale Wahlrecht) wie bei Ücker.

Die Funktion der Anti-Ausländer-Kampagne liegt auf der Hand. Indem man gegen die Ausländer hetzt, nimmt man die wahren Schuldigen an Arbeitslosigkeit und der Wohnungsnot in München aus der Schußlinie: die Großunternehmer. Genau die sind es ja, die zwar die ausländischen Kollegen zu den relativ niedrigsten Löhnen z.B. in den Rüstungsbetrieben rund um München schuften lassen, sich aber um die sozialen Probleme einen feuchten Kehricht kümmern.

Wie verlogen ist von daher das Gerede von den Ausländern, die unseren Staat soviel kosten würden. Es bleibt natürlich unerwähnt, daß die Ausländer, die aus den Ostblockstaaten zu uns kommen, Tausende von Mark bekommen als Unterstützung. Wenn hingegen politisch Verfolgte aus Chile oder Argentinien bei uns ihr Leben vor den faschistischen Militärs ihrer Heimatländer retten müssen, dann befürchtet die CSU, sie als Asylanten aufzunehmen hieße, sich Terroristen ins Haus schicken zu lassen.

Diese Kampagne gegen die Asylanten wird deshalb so gefährlich. weiß die Neonazis und die CSU mit ihrer Hetze an tiefverwurzelte Vorurteile und einen nie vollkommen ausgerotteten Anti-Semitismus anknüpfen können.

Neben der ideologischen Verwirrung in den Köpfen der Menschen hat die Ausländerhetze sehr praktische Auswirkungen. So konnte CSU-Innenminister Tandler im Bayernkurier vom 14.6.80 triumphierend feststellen:

"Die von Baum präsentierten Vorschläge, das Anerkennungsverfahren für politische Flüchtlinge zu verkürzen und Asylsuchenden während des Verfahrens keine Arbeitserlaubnis mehr zu geben, sind Teile eines Gesamtkonzepts, für das sich CDU und CSU in der Vergangenheit auf das Übelste haben beschimpfen lassen müssen.....Zur Beschleunigung der Asylverfahren sehr wichtig ist deshalb der völlige Wegfall der Berufungsinstanz, für den sich vor einigen Tagen auch der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, der SPD-Abgeordnete Axel Wernitz ausgesprochen hat.....

An hervorragender Stelle unseres Forderungskatalogs steht die gesetzliche Ermächtigung im Ausländergesetz für die zuständigen Behörden, bereits an der Grenze die Spreu vom Weizen zu trennen, indem bei offensichtlich unschlüssigen und rechtsmißbräuchlichen Asylanträgen Ausländer zurückgewiesen werden können. Der Rechtsschutz für den Antragsteller kann durch Anrufung eines Grenzrichters gewährleistet werden. Unter voller Achtung des Grundrechts auf Asyl und der rechtsstaatlichen Grundsätze schlagen CDU und CSU folgende weitere Maßnahmen vor:

- Anerkennungs- und Abschiebungsverfahren werden gleichzeitig durchgeführt;

.....

- Gebrauchmachen von der gesetzlichen Ermächtigung zur Errichtung von Sammellagern;
- Einführung der Visumspflicht für weitere Länder, aus denen Wirtschaftsflichtlinge kommen.
- Notwendigkeit eines Konzepts zur Frage der Arbeitsaufnahme und der Gewährung von Sozialleistungen (Sachleistungen) für Asylbewerber.
- verstärkte humanitäre Hilfe in den Heimatländern der Flüchtlinge. Den Betroffenen wird durch gezielte wirtschaftliche Hilfe in ihrer Heimat oft besser geholfen werden können als durch ein Flüchtlingsdasein in einer fremden Umgebung;

.....

In Augsburg wurde vorgeführt, was Tandlers Rede praktisch heißt. Seit zwei Monaten sind dort über 30 türkische Kollegen inhaftiert, und zwar auf Grund von Aussagen von Anhängern der faschistischen "Grauen Wölfe". Die Kollegen sollen angeblich gewaltsam gegen eine Faschistenversammlung vorgegangen sein. Den Kollegen droht Abschiebung in die Heimat, und das kann bei den zur Zeit in der Türkei herrschenden Verhältnissen für sie den Tod bedeuten.

Und in München erleichterte die CSU mit ihrer Jugendpolitik - von der ja auch ausländische Jugendliche betroffen sind - das Eindringen der "Grauen Wölfe" in die Freizeitheimen. Dem Kreisjugendring, der in den Freizeitheimen eine weitgehende Selbst-

verwaltung der Jugendlichen entwickelt hatte, wurde der Vertrag gekündigt! Schon länger lassen sich

zwischen der CSU und den "Grauen Wölfen" freundschaftliche Beziehungen feststellen: Strauß traf

sich bereits höchstpersönlich mit dem Führer der "Grauen Wölfe" zu einem Gespräch in München.

Wehret den Anfängen!

NEONAZIS ERMORDEN AUSLÄNDER

Die Saat der Gewalt ist aufgegangen. In Hamburg starben bei einem Brandanschlag mit Molotow-Cocktails auf ein Ausländerwohnheim zwei Vietnamesen. Die Faschisten hatten auf das Wohnheim geschmiert: "Ausländer raus!". Verantwortlich sind Mitglieder der "Deutschen Aktionsgruppe", von denen jetzt 6 verhaftet wurden. Der Chef



NEONAZIS am 9. August in Dortmund. plata-Foto

der Faschistenbande ist der ehemalige Rechtsanwalt Roeder, gegen den schon seit Jahren ein Haftbefehl ergangen ist. Obwohl antifaschistische Organisationen Roeder immer wieder aufspürten, meinte die Justiz ihn nicht verhaften zu können. Es mussten erst zwei Menschen sterben, bis sich die Polizei offenbar genötigt sah, den faschistischen Mörder hinter Schloß und Riegel zu setzen.

Von Dregger prophezeit – von der Polizei ausgeführt

Die Tatsache, daß ein Mann wie Strauß Kanzlerkandidat der Union wurde, ein Mann, dessen Politkarriere mit Affären gespickt ist, der der Gewerkschaftsfeind Nr. 1 ist, der mit Faschisten in aller Welt zusammenarbeitet, dessen Freund Pinochet sagte: "Die Demokratie muß gelegentlich in Blut gebadet werden", hat bei einem Teil der Jugend eine Ablehnung provoziert, die bei vielen Anti-Strauß-Veranstaltungen zum Ausdruck kommt. Es ist daher voll –



kommen verständlich und notwendig, daß tausende dieser Jugendlichen auf die Straße gehen, um gegen Strauß zu demonstrieren.

So demonstrierten am 25.8. in Hamburg 30 bis 40 000 meist jugendliche Straußgegner gegen dessen Wahlkampfauftritt in Hamburg. Über 3000 provokativ schwer mit Helmen und Schilden bewaffnete Polizisten wurden aufgeboden, um Strauß vor dem Volk zu "schützen". Zeugenaussagen zufolge schoß die Polizei mit Tränengas, nachdem sich die Demonstration bereits aufgelöst hatte, am U-Bahnhof Sternschanze wahllos in die Menge. Die Polizei trommelte drohend auf ihre Schilde mit den Schlagstöcken, trieb die Menge von zwei Seiten in einen U-Bahnschacht und löste dadurch eine Panik

aus. In der flüchtenden Menschenmenge lief auch der Lehrling Olav R. mit, der dabei von einer fahrenden U-Bahn erfaßt wurde. Dieser Hamburger Lehrling ist das erste Opfer dieses Wahlkampfes. Schuld an seinem Tod hat die Polizei und der Mann, den diese Polizei meinte mit ihrem brutalen Einsatz schützen zu müssen.

Ist es nicht eine Verkehrung der tatsächlichen Verhältnisse, wenn Helmut Schmidt in seinem Aufruf an alle jungen Deutschen den Demonstranten die Schuld an dem Tod des Lehrlings in die Schuhe schieben will und die Polizei als Opfer darstellt? Ist es nicht ein Widerspruch, wenn Schmidt in der gleichen Anzeige meint, "er wird in den nächsten Wochen alles tun, einen Mann zu

verhindern, von dem man nicht weiß, ob er jederzeit die Kontrolle über sich selbst behält," und zugleich zu politischer Enthaltensamkeit gegen diesen Kanzlerkandidaten Strauß aufruft!

Soll Strauß in der Disco, vorm Fernseher oder unter der Bettdecke bekämpft werden?

Nebenbei bemerkt

Gerichtsbekannter Aggressionsauslöser

In der Nähe der Ernst-Merck-Halle in Hamburg war zur Zeit des Strauß-Auftritts Demonstrieren untersagt.

Das Verwaltungsgericht begründete das Verbot unter anderem mit dem Satz: „Es ist gerichtsbekannt, daß der Kanzlerkandidat der Union auf nicht unerhebliche Teile der Bevölkerung nicht nur provozierend, sondern auch aggressionsauslösend wirkt.“



Hamburg: Strauß was here!



Keine Hand

für den öffentlichen Schwur

auf den Militarismus



Am 12. November wird "unser" Bundeswehr 30 Jahre alt. In München soll darum auf dem Königsplatz am 6. November ein Aufgebot von 2000 Soldaten öffentlich vereidigt werden. Ebenso werden in allen anderen Garnisonsstädten solche Militaristenspektakel veranstaltet. Ein Volk soll öffentlich auf seine Armee eingeschworen werden. Man ruft die "gute, alte Tradi-

tion" wieder wach: Man demonstriert auf dem Königsplatz die Macht des Militärs - dort, wo bereits Hitler sich in riesigen Aufmärschen feiern ließ. Hier geht es tatsächlich um eine Kraftprobe zwischen den Kräften in unserem Land, die den Frieden wollen und denen, die wieder auf das Säbelrasseln setzen. CDU-Wehr-Experte Wörner rief die Bevölke-

rung zur Unterstützung der Bundeswehr auf. Die Menschen sollen sich also wieder einmal für die Soldaten begeistern - warum eigentlich?

Um unsere Nachbarvölker von der Friedfertigkeit des Leopard-Panzers der Firma Krauss-Maffei zu überzeugen?

Regensburg: Braune Suppe versalzen

In der ersten Juni-Woche beschwerte sich die "Nationalzeitung", daß von über 100 Veranstaltungen, die die "Deutsche Volksunion" (DVU) im Bundesgebiet durchgeführt hatte, drei nicht stattfanden. Einmal weil ein Gastwirt seine Räume verweigerte, ein andermal, weil die Polizei zu "lasch" gegen Proteste der Antifaschisten vorgegangen wäre und noch einmal in Regensburg, wo "linker Mob" das Versammlungslokal besetzt hielt und deshalb die Versammlung nicht stattfinden konnte.

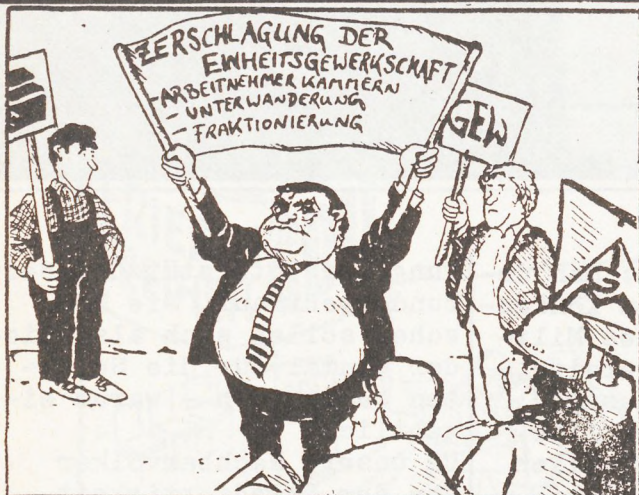
Und das war so:

Nachdem die VVN/BdA zu einer Gegenkundgebung aufgerufen hatte, fand sich der "linke Mob" frühzeitig beim Versammlungslokal ein. Ein kurzes Gespräch mit dem Wirt, der, nachdem er erfahren hatte, welche sauberen Gäste ihm da ins Haus standen, sofort versucht hatte, die Versammlung abzusagen, aber durch eine einstweilige Verfügung dazu verdonnert wurde, sein

Nebenzimmer der DVU für eine öffentliche Versammlung zur Verfügung zu stellen. Wir waren durchaus bereit, diese Öffentlichkeit darzustellen.

Weil's noch früh war und noch keiner der Veranstalter da war, taten wir das, was man an einem Samstagnachmittag im Wirtshaus eben macht. Wir bestellten Bier, Brotzeit und Schafkopfkarten und füllten das Lokal mit Rauch und Lärm. Das Versammlungszimmer war bald überfüllt, ein Teil von uns mußte sich mit der Gaststube begnügen. Der Wirt hatte alle Hände voll zu tun. Dann kam die Polizei, die auch den Schrieb mit der "öffentlichen Versammlung" zur Kenntnis nehmen durfte. Dann kam ein graumeliertes "Herr" von der DVU und wollte ausgerechnet von uns wissen, wer hier der Versammlungsleiter sei. Wir haben ihm klar gemacht, daß wir auf den ja eben warteten. Er drohte, den Raum von der Po-

lizei räumen zu lassen, aber die fühlte sich dazu offenbar nicht in der Lage. Es kam auch der Gastredner, Herr Neubauer von der "Nationalzeitung", es kam ein örtlicher NPD-Boss, es kamen verbitterte Herrlein und wutschnaubende Weiblein. Die meisten gingen sehr bald wieder. Ein Jüngling in schwarzer Kluft brachte es fertig, sich unter die Kartenspieler zu mogeln, aber auf die Frage, ob er vielleicht ein Faschist sei, wurde ihm unwohl in seiner Haut und er trat den Rückzug an. Allerdings nicht, ohne uns damit zu drohen, daß es uns die Kerschers schon noch zeigen werden. Diese Kerschers sind stadtbekannte Nazi-Schläger, die derzeit aber nicht verfügbar zu sein scheinen. Wahrscheinlich sitzen sie gerade wieder alle ein. Wenn sie allerdings wieder da sind..... Wir nehmen die Drohung schon ernst, aber verjagen werden wir uns von ihnen nicht lassen. Es wird dies nicht das letzte Mal gewesen sein, daß wir ihnen die braune Suppe versalzen haben.



Aus dem Inhalt:

Wer steht hinter Strauß
Sein Programm

Was ist die Einheitsgewerkschaft
und wie ist sie entstanden

Die Einheitsgewerkschaft nach '45

STRAUSS-Gewerkschafts-feind Nr.1 EINE DOKUMENTATION

DEMOKRATISCHER
INFORMATIONSDIENST

Sonderausgabe 2,-

HERAUSGEGEBEN VOM ANTI-STRAUSS-KOMITEE



Eine Abfuhr für die NPD in München

dennoch eine Niederlage

für die Demokraten



Polizei schützt die Faschistenveranstaltung auf dem Münchener Marienplatz.

Das Ziel schien klar: Alle aktiven demokratischen Kräfte in München wollten die NPD-Kundgebung am 30. 8. auf dem Marienplatz verhindern. Ausgerechnet am Vorabend des Anti-Kriegstages wollte der ehemalige Bundeswehrmajor Lindner von der NPD gegen die Ausländer, gegen friedliche Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn hetzen. Aber in der Taktik des Vorgehens gegen die Neonazis blieb die demokratische Bewegung gespalten. Anstatt - wie von einigen Organisationen vorgeschlagen -

genau wie in Frankfurt einfach durch Anwesenheit der Antifaschisten den Platz zu besetzen, versammelten sich ein Teil der Demonstranten fernab auf dem Odeonsplatz. So war es der Polizei ein Leichtes, den Platz für die Nazis freizuhalten. So konnte das Ziel nicht erreicht werden, die Kundgebung der Nazis tatsächlich zu verhindern. Und ist es nicht ein beschämendes Zurückweichen vor der Hetze der Reaktion, wenn man vor lauter Angst, die Presse könne von "Krawallen" schreiben,

beschließt, nicht einmal mehr zum pfeifenden Protest auf den Marienplatz zu gehen. Und das noch mit der "Begründung", dort wären ja doch nur die, die auf "Krawall und Provokation" der Polizei aus wären. 3000 Antifaschisten und eine Handvoll Nazis - geschützt von einem martialischen Aufgebot der Polizei. Wer da noch von Provokations- und Krawallsucht durch die antifaschistischen Demonstranten redet, muß sich die Frage gefallen lassen, wie ernst er das Wort "verhindern" gemeint hatte!

Dokumentation



CSU

Stoibers Rohmaterialien zur DGB - Diskussion

Der Begriff der Einheitsgewerkschaft wird von Seiten des DGB seit längerer Zeit als Alleinvertretungsanspruch im gewerkschaftlichen bzw. im sozialpolitischen Vorfeld ausgelegt. In weiten Bereichen — hier insbesondere bei den einzelnen Industriegewerkschaften, so z. B. IG Metall und IG Chemie, ist eine deutliche Tendenz in Richtung einer sozialistischen Richtungsgewerkschaft zu verzeichnen.

Dies wird insbesondere deutlich, als eine große Anzahl von Mitgliedern der einzelnen Industriegewerkschaften auch der DKP angehören und über die Gewerkschaftsarbeit Betriebsratsmitglieder geworden sind. Eine genaue Anzahl läßt sich für Bayern nicht feststellen. (S. 4)

Überlegungen, eine völlig neue Gewerkschaft zu gründen und darauf zu warten, daß sich die CSU-Mitglieder aus den derzeit bestehenden Gewerkschaften dieser Organisation anschließen, ist sicher bestechend. Würde man diesen Überlegungen ernsthaft beipflichten wollen, so wäre hierbei sicherzustellen, daß schlagartig ein Netz von hauptamtlichen Mitarbeitern mit entsprechenden Gewerkschaftsbüros aufgebaut würden. Diese Gewerkschaftsbewegung müßte auch so attraktiv gestaltet sein, daß es innerhalb kürzester Zeit gelänge, einen großen Teil der Unorganisierten in diese Gewerkschaftsbewegung zu integrieren. Eine grobe Überschlagsberechnung hat ergeben, daß hierfür ein Startkapital von ca. 100 Mio.

DM notwendig wäre, um diese Aktion mindestens 5 Jahre durchzuhalten. Erst danach würde sich herausstellen, ob dieser Weg sinnvoll war ... Gegenüber den Mitgliedern wäre eine eigene Gewerkschaftsbewegung nur dann glaubhaft zu vertreten, wenn es ihr gelingt, auch eigenständige tarifpolitische Zielsetzungen gegenüber den Arbeitgebern durchzusetzen. Es ist aber davon auszugehen, daß der DGB sofort dagegen Stellung bezieht und versuchen wird, durch "überzogene" Tarifforderungen in einen Streik zu gelangen, um die Arbeitgeber von Tarifverhandlungen mit einer neuen Gewerkschaft abzuhalten. (S. 5/6)

Im letzten Jahr wurde im Rahmen der Jungen Union darüber diskutiert, ob durch ein Verbändegesetz die Gewerkschaften nicht in Schranken gewiesen werden könnten. Diese Überlegungen sind sicherlich politisch weiter zu diskutieren, beinhalten aber, daß ein Verbändegesetz — ausschließlich auf die Gewerkschaften zuge- richtet,

sicher politisch nirgendwo durchzusetzen ist. Ein Verbändegesetz, das alle übrigen Verbände mit in eine gesetzliche Regelung zwingt, wird sicherlich von allen Interessengruppen politisch bekämpft werden, und damit eine große Auseinandersetzung im politischen Bereich herbeiführen. (S. 6/7)

Es wurde bereits festgestellt, daß 70 Prozent der Arbeitnehmer unorganisiert sind. Trotzdem erhebt der DGB auch im politischen

Raum den Anspruch, für alle Arbeitnehmer zu sprechen. Er ist damit zu einer "Gegenmacht" der politischen Parteien geworden. (S. 7)

Seine politische Betätigung, die sehr oft einseitig politisch ausgerichtet ist, bewegt sich nun in einem sehr breiten Feld. Dies wurde besonders deutlich bei der Diskussion um die Ostverträge bzw. den § 218. Eine "Neutralisierung" der Gewerkschaften bzw. ein Wieder einbinden auf ihre ursprünglichen, tarifpolitischen bzw. Rechtsschutzfähigkeit würde sich dadurch ergeben, wenn es gelingen würde, Arbeitskammern zu errichten. Dabei wären sicherlich große politische Vorbehalte zu überwinden ...

Nachstehender Aufgabenkatalog soll zeigen, welche Interessen von den Arbeitskammern vertreten werden. Viele dieser Aufgaben werden derzeit von den Gewerkschaften wahrgenommen:

1. Wahrung der Interessen der Arbeitnehmer in allen einschlägigen sozial-, wirtschafts- und berufspolitischen Fragen;
2. Beratung der Arbeitnehmer in arbeits- bzw. sozialversicherungsrechtlichen Fragen;
3. Beratung von Regierung und Behörden durch Gutachten und Be-

richte sowie Anhörung vor Erlass von Gesetzen und Verordnungen, die Arbeitnehmer berühren;

4. Durchführung einer intensiven Bildungsarbeit der Arbeitnehmer (dies wird insbesondere interessant im Hinblick auf die Diskussion "Einführung eines Bildungsurlaubs");
5. Arbeitskammern können staatliche Aufgaben wie z. B. Angelegenheiten des Arbeitsschutzes, Betreuung der ausländischen Arbeitnehmer übertragen werden.

Durch diese Aufgabenstellung kann die Arbeitskammer in der Gesellschafts-, Sozial-, Gesundheits-, Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, im kulturellen Bereich sowie der Erholung und Freizeit und vor allem in Fragen der Fortbildung eine umfassende Tätigkeit wahrnehmen. Diese Aufgaben werden heute größtenteils von den Gewerkschaften und insbesondere von den DGB-Gewerkschaften wahrgenommen. (S. 7/8)

Zusammenfassend läßt sich feststellen:

Eine Änderung der bestehenden Gewerkschaftsstruktur ist von außen sicherlich derzeit nicht möglich. Eine aktive Mitarbeit der Unionsmitglieder in den Gewerkschaften, insbesondere im DGB, findet nicht statt. Bei Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften von Seiten der Union sollte immer gezielt auf die einzel-

nen verantwortlichen DGB-Gewerkschaften bzw. deren Funktionäre hingewiesen werden. Eine pauschale Kritik an den Gewerkschaften ist sicherlich nicht sinnvoll, da dadurch unsere in den Gewerkschaften tätigen Mitglieder noch mehr ins Abseits gedrängt werden. (S. 8)

Mein Kampf

Von

Adolf Hitler

12. Kapitel

Die Gewerkschaftsfrage

Schon um die Jahrhundertwende hatte die Gewerkschaftsbewegung längst aufgehört, ihrer früheren Aufgabe zu dienen. Von Jahr zu Jahr war sie mehr und mehr in den Bannkreis sozialdemokratischer Politik geraten, um endlich nur noch als Ramme des Klassenkampfes Anwendung zu finden. (S. 51)

Es gab nun zwei Wege, zu einer solchen Entwicklung zu kommen:

1. Man konnte eine eigene Gewerkschaft gründen und dann allmählich den Kampf gegen die internationalen marxistischen Gewerkschaften aufnehmen, oder man konnte
2. in die marxistischen Gewerkschaften eindringen und diese selbst mit dem neuen Geiste zu erfüllen trachten beziehungsweise zu Instrumenten der neuen Gedankenwelt umformen.

Gegen den ersten Weg sprachen folgende Bedenken: Unsere finanziellen Schwierigkeiten waren zu jener Zeit immer noch sehr erheblich, die Mittel, die uns zur Verfügung standen, ganz unbedeutend. Die allmählich immer mehr um sich greifende Inflation er-

schwerte die Lage noch dadurch, daß in diesen Jahren von einem greifbaren materiellen Nutzen der Gewerkschaft für das Mitglied kaum hätte gesprochen werden können. Der einzelne Arbeiter hatte, von solchen Gesichtspunkten aus betrachtet, damals gar keinen Grund, in die Gewerkschaft einzubezahlen ... Mit solchen finanziellen Möglichkeiten durften wir damals nicht rechnen; und es konnte niemanden verlocken, in eine neue Gewerkschaft einzutreten, die ihm infolge ihrer finanziellen Ohnmacht nicht das geringste zu bieten vermocht hätte. (S. 678/ 679)

Wer in jener Zeit die marxistischen Gewerkschaften wirklich zertrümmert hätte, um an Stelle dieser Institution des vernichtenden Klassenkampfes der nationalsozialistischen Gewerkschaftsidee zum Siege zu verhelfen, der gehörte mit zu den ganz großen Männern unseres Volkes, und seine Büste hätte dereinst in der Walhalla

zu Regensburg der Nachwelt gewidmet werden müssen. Ich habe aber keinen Schädel gekannt, der auf ein solches Postament gepaßt hätte. (S. 679)

Daß die Sozialdemokratie die enorme Bedeutung der gewerkschaftlichen Bewegung begriff, sicherte ihr das Instrument und damit

den Erfolg; daß das Bürgertum dies nicht verstand, kostete es seine politische Stellung. (S. 49)

Mit zwanzig Jahren hatte ich unterscheiden gelernt zwischen der Gewerkschaft als Mittel zur Verteidigung allgemeiner sozialer Rechte des Arbeitnehmers und zur Erkämpfung besserer Lebensbedingungen desselben im einzelnen und der Gewerkschaft als Instrument der Partei des politischen Klassenkampfes. (S. 48/ 49)

Die Sozialdemokratie dachte nie daran, die von ihr umfaßte Berufsbewegung der ursprünglichen Aufgabe zu erhalten. (S. 51)

Den Wirtschaftskammern selbst wird die Verpflichtung zur Inbetriebhaltung der nationalen Wirtschaft und zur Beseitigung von den diese schädigenden Mängeln und Fehlern obliegen. Was heute durch die Kämpfe von Millionen ausgefochten wird, muß dereinst in Ständekammern und im zentralen Wirtschaftsparlament seine Erledigung finden. Damit toben nicht mehr Unternehmertum und Arbeiter im Lohn- und Tarifkampf gegeneinander, die wirtschaftliche Existenz beider schädigend, sondern lösen diese Probleme ge-

meinsam an höherer Stelle, der über allem stets das Wohl der Volksgesamtheit und des Staates in leuchtenden Lettern vorschweben muß.

Auch hier hat, wie durchwegs, der eherne Grundsatz zu gelten, daß erst das Vaterland und dann die Partei kommt. (S. 677)

Es gab also nur zwei andere Möglichkeiten: entweder den eigenen Parteigenossen zu empfehlen, aus den Gewerkschaften herauszu-gehen, oder in den bisherigen zu bleiben, um dort möglichst destruktiv zu wirken.

Ich habe im allgemeinen diesen letzteren Weg empfohlen. Besonders im Jahre 1922/23 konnte man dies ohne weiteres tun; denn

der finanzielle Nutzen, den während der Inflationszeit die Gewerkschaft von den infolge der Jugend unserer Bewegung doch noch nicht sehr zahlreichen Mitgliedern aus ihren Reihen einstrich, war gleich Null. Der Schaden für sie aber war ein sehr großer, denn die nationalsozialistischen Anhänger waren ihre schärfsten Kritiker und dadurch ihre inneren Zersetzer. (S. 682)

Artikel 5 GG. auf dem Prüfstand

KUNST UND WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND LEHRE SIND FREI.

Artikel 5 Grundgesetz

Der anachronistische Zug

Eine Reise durch
die Republik

Brecht
statt
Strauß

Aber für das Bayerische Staatsministerium des Innern handelt es sich eben beim "Anachronistischen Zug" von Brecht offensichtlich nicht um ein Kunstwerk, zumindest nicht bei dessen Aufführung unter dem Titel "Brecht statt Strauß".

Was hinter dieser trockenen rein verwaltungsmäßig anmutenden Bestimmung aber an politischer Brisanz steckt, zeigt das Gutachten des Juristen Prof. Ridder, Gießen.

(Brief und Gutachten s. umseitige Dokumentation)

Das Sekretariat "Brecht statt Strauß" dazu: "Der Zug findet auf jeden Fall statt."

**FREIHEIT
STATT
GOETHE**

vom 13. September bis 5. Oktober 1980

Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern

"Der Anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy"; geplante Demonstration vom 15.09. - 05.10.1980 durch die Bundesrepublik Deutschland

Zu Ihrem Schreiben vom 23.07. 1980 (435/80 - d - e)

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!

Wir bestätigen den Eingang Ihres Schreibens vom 23.07.1980. Die von Ihrer Mandantin, Frau Kammrad, geplante Veranstaltung "Der Anachronistische Zug", ist rechtlich als Versammlung bzw. im Sinne des Versammlungsgesetzes zu behandeln und wird dementsprechend von den zuständigen Behörden nach §14ff VersammlG gewürdigt werden.

Straßenverkehrs- und straßenrechtliche Erlaubnisse oder Genehmigungen sind deshalb nicht zu erteilen.

Diese Rechtsauffassung wird von den Innenministerien der übrigen betroffenen Länder geteilt.

Wir machen Sie vorsorglich auf die Notwendigkeit der Anmeldung nach §14 VersammlG bei den örtlich zuständigen Behörden aufmerksam, soweit eine solche nicht bereits erfolgt ist.

Von den für Entscheidungen nach §15 VersammlG zuständigen Behörden erhalten Sie zu gegebener Zeit versammlungsrechtliche Bescheide.

Mit vorzüglicher Hochachtung

I.A.

Krampol

Ministerialdirigent

Das ASK schrieb in diesem Sinne einen Brief an das Sekretariat.

Brief des Anti-Strauß-Komitee München/Regensburg:

Liebe Freunde!

Eine Aufführung des großen antifaschistischen Gedichtes "Der Anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy" von Bertolt Brecht wird notwendigerweise zu einer "Politischen Demonstration", nimmt sie den heutigen Zustand unserer Republik auf's Korn.

1947: eine wütende, hochpolitische Anklage gegen den "Kostümwechsel" der Förderer, Träger und Nutznießer der Terrorherrschaft der Nazis, die sich schon wieder anschickten, den neuen jungen Staat entscheidend zu prägen. 1980: entlarvend für die heutigen "Fortsetzer" dieses "Anachronistischen Zuges" - und (dies kommt noch als verschärfend hinzu) ein begeisterndes, gemeinsames Projekt für alle, die gegen eine solche Entwicklung angetreten sind.

Wahrlich, Grund genug für die Mannschaft ihres obersten Dienstherren einzugreifen. Die Entscheidung des Bayerischen Innenministerium entlarvt seine Absichten: Wären massive Eingriffe in die Aufführung eines Brechtschen Kunstwerkes offensichtlich "Zensur" und Verletzung unserer Grundrechte, versucht man, das gleiche - unter Berufung auf das Versammlungsrecht - durch Auflagen zu erreichen.

Wir beobachten mit großer Sorge die Sprachregelung von Strauß und Stoiber: aus den "Sympathisanten des Terrors" (1975) sind "Terroristen" geworden (SZ 28,8./Tagesschau 30.8.80) - um im Bild zu bleiben "zum politischen Abschluß freigegeben."

Wohlgemerkt! Gemeint waren damit Anti-Strauß-Demonstranten, die nach Zehntausenden zählen (wie zuletzt in Hamburg).

Uns bestätigt dies eindrücklich wie notwendig und wichtig unsere Mitarbeit an Eurem "historischen" Projekt des "Anachronistischen Zuges" ist. In kämpferischer Solidarität für das Anti-Strauß-Komitee i.A. Christian Lehsten.

Betr.: Antrag der Initiative "Brecht statt Strauß"
auf Erteilung einer Erlaubnis für die Aufführung
des Werks "Anachronistischer Zug" auf öffentlichen
Wegen

Die o.o. Veranstaltung nach dem bekannten Gedicht von Bertolt Brecht ist ein theatralisches Kunstwerk. Durch die Darbietung unter freiem Himmel ändert sich an diesem Charakter nichts. Zweifellos stellt die beobachtete Aufführung zugleich auch eine politische Demonstration dar. Doch ändert auch dies nichts an dem künstlerischen Charakter der Aufführung, die mithin in vollem Umfang den grundrechtlich verbürgten Schutz der Kunstfreiheit genießt. Die in Teilen der Rechtsprechung und der Kommentierung zu Art. 5 Abs. 3 GG zu beobachtende Tendenz, das politische Straßentheater den Vorschriften des Versammlungsgesetzes zu unterwerfen, ist auch dann verfehlt, wenn es sich um eine mobile Veranstaltung dieser Art handelt. Es lassen sich nämlich keine Grenzen zwischen "Kunst" und "Politik" ziehen. Wie die dramatischen Werke der deutschen Klassiker (Schiller, Lessing u. a.) zeigen, ist der Großteil des deutschen dramatischen Theaters vom Beginn der Neuzeit an nicht nur politisch inspiriert, sondern hat auch unmittelbar politische Inhalte. Selbstverständlich wurde eine Aufführung von "Emilia Galotti" oder der "Räuber" im

mobilen Straßentheater nicht den Tatbestand einer "Versammlung" nach dem Versammlungsgesetz erfüllen, so daß es sich erübrigt, darauf einzugehen, ob die diversen Anmelde-, Genehmigungs- usw. Vorschriften des Versammlungsgesetzes ihrerseits mit dem Grundrecht der Versammlungsfreiheit in Einklang stehen. Eine gesteigerte Aktualität des politischen Bezugs kann an dem Befund nichts ändern. Daher ist die Rechtsauffassung der Antragsteller zutreffend, daß die Aufführung des Kunstwerks "Anachronistischer Zug" nur an die Vorschriften des öffentlichen Wegerechts gebunden ist, die für jedermann gelten. Behördliche und gerichtliche Entscheidungen, die im Hinblick auf den "Demonstrations"-Charakter der Aufführung mit weitergehenden Beschränkungen operieren, verstoßen auch gegen Art. 3 Abs. 3 GG, wonach diskriminierende Bevorzugungen oder Benachteiligungen aus politischen Gründen verboten sind. Vorsorglich sei noch darauf hingewiesen, daß "Demonstration" ein politischer Begriff ist, der jenseits der Systematik der geltenden Grundrechte gebildet worden ist und an dieser Systematik nichts zu ändern vermag.

Gießen, 2. September 1980

(Prof. Dr. H. Ridder)

Ein Drittel – von einer halben Million!

Unterstützen Sie den Zug mit Geld; denn Sie wollen ja eine Republik, in der Sie leben können!

Bis Mitte August wurden ca. 150.000 DM Spenden und Teilnehmerbeiträge in die Zugkasse gezahlt – bis Mitte September sind weitere 150.000 DM Einnahmen notwendig.

Kreditgeber haben eine nicht zu verachtende Garantie:

Einen Fuhrpark im Wert von ca. DM 150.000, der nach dem 5. Oktober wieder veräußert wird!

Postscheck-Konto München, Kammrad, Nr. 1502 93-800. Kennwort: Brecht statt Strauß

BERTOLT BRECHT:
"DER ANACHRONISTISCHE ZUG
ODER
FREIHEIT UND DEMOCRACY
ODER

Am 23. Mai 1979, als die Bundesversammlung der BRD zusammentrat, um ein ehemaliges Mitglied der Hitlerpartei zum Präsidenten der Republik zu machen, kamen Arbeiter, Hausfrauen, Studenten, Schüler, Menschen aus allen Bevölkerungsteilen von überall her in die Bundeshauptstadt und führten unter dem Protest der Regierenden ein Brecht-Gedicht auf. Dieses Buch zeigt, mit welchen Mitteln und Argumenten diese politische Aktion ihre erstaunliche Wirkung erreichte, und wurde seinerseits nur möglich, weil so viele aus allen Teilen des Landes dazu beitrugen, und insbesondere das, was sie mit ihren Kameras aufnahmen, hier zusammenführen ließen.

Mit dem Erlös werden die Unkosten der Protestaktion am 23. Mai 1979 gedeckt.

Mit Bertolt Brecht
am 23. Mai in Bonn gegen Carstens

DM 19.80

Bilddokumentation
Herausgegeben von
Hermann Gremliza, Angela Kammrad, Ute
Schilde, Willy Thomczyk, Günter Wallraff

2. Auflage
1980: 4-8. Tausend
Vertrieb:
ELEFANTEN PRESS
VERLAG GMBH / GALERIE
Dresdener Straße 10
1000 Berlin (West)
ISBN 3-88520-011-2

Anhörungsverfahren wegen Brecht

"Daß die Vorbereitungen zu der 'Reise durch die Republik - Brecht statt Strauß' von betroffener Seite nicht mit besonderer Sympathie verfolgt werden, war zu erwarten.

Einen gewissen Höhepunkt stellt es aber doch wohl dar, daß mich die Regierung von Schwaben zu einem Anhörungsgespräch auffordert, da die 'Erkenntnis vorliege, daß ich Kontaktperson für die Unterstützung des 'Anachronistischen Zuges' in Augsburg sei..." schreibt Christina Lichtwarck in einem Brief an das Sekretariat "Brecht statt Strauß".

Ja, es ist schon ein besonderer Skandal, daß Lehrer nicht sein darf, wer Strauß-Gegner ist und dies auch aktiv und öffentlich vertritt.

Es ist nicht das erste Mal, daß die junge Lehrerin derart vom Berufsverbot bedroht ist. Seit 1974 versucht die Regierung von

Schwaben, ihr die Ausübung des Berufs zu verbieten.

Hauptvorwürfe bisher:

Kandidatur für ein demokratisches Wahlbündnis (Liste Demokratische Front) während ihres Studiums in München und Engagement gegen die Berufsverbote durch Mitarbeit in der Augsburger Bürgerinitiative.

Durch langwierige Gerichtsverfahren mußte Christina Lichtwarck ihr Recht erzwingen. Drei Gerichte (Verwaltungsgericht Augsburg, Bayer. Verwaltungsgerichtshof, Arbeitsgericht Augsburg) gaben ihr Recht; die Regierung mußte sie einstellen, ließ und läßt sich aber nicht hindern, ihr unverdrossen immer wieder Schwierigkeiten zu machen. Das ging sogar so weit, daß die Lehrerin zeitweilig nur unter Aufsicht unterrichten durfte. Jetzt will die Behörde offensichtlich die endgültige Verbeamtung verhindern,

und Christina Lichtwarck wird damit ab Mitte September erst einmal wieder arbeitslos sein.

Sie erklärt selbst ihre politische Einstellung in einer Dokumentation der Augsburger Initiative gegen Berufsverbote aus dem Jahre 1979:

"Ich betrachte es nicht nur als mein gutes Recht, für den Erhalt und die Fortentwicklung der Demokratie, für mehr soziale Gerechtigkeit aktiv zu sein; ich halte es angesichts der Verschärfung sozialer Probleme sogar für sehr notwendig. Aus diesem Grund bin ich auch seit Jahren in meiner Gewerkschaft aktiv.

Lehrer tragen große Verantwortung für eine demokratisch-antifaschistische Erziehung, für eine Erziehung zum "aufrechten Gang", wie der Philosoph Ernst Bloch sagte. Damit muß man zuallererst bei sich

Wer Brecht ernst nimmt, soll nicht lehren!!

Presse-Informationen
DER FDP-FRAKTION

Liebe Kollegen,

daß die Vorbereitungen zu der "Reise durch die Republik" - Brecht statt Strauß - von betroffener Seite nicht mit besonderer Sympathie verfolgt werden, war nicht zu erwarten.

Einen gewissen Höhepunkt stellt es aber wohl dar, daß mich die Regierung von Schwaben zu einem Anhörungsgespräch aufforderte, da die "Erkenntnis" vorliege, daß ich Kontaktperson für die Unterstützung des Anachronistischen Zuges in Augsburg sei.

Ich bin Lehrerin und erwarte meine Übernahme ins Beamtenverhältnis im September 1980. Das und damit meine Weiterbeschäftigung als Lehrerin überhaupt wird jetzt von der Regierung in Frage gestellt mit dem Hinweis auf meine Unterstützung der Aktion Brecht statt Strauß. Es ist nicht das erste Mal, daß die Behörde mir Schwierigkeiten macht. Seit meinem ersten Lehrerexamen 1974 versucht sie mich an der Ausübung meines Berufes zu hindern. "Verdächtig" war ich bislang vor allem wegen meins Engagements gegen die Berufsverbote und demokratischer Aktivitäten während meines Studiums.

Ich bin Lehrerin und erwarte meine Übernahme ins Beamtenverhältnis im September 1980. Das und damit meine Weiterbeschäftigung als Lehrerin überhaupt wird jetzt von der Regierung in Frage gestellt mit dem Hinweis auf meine Unterstützung der Aktion Brecht statt Strauß. Es ist nicht das erste Mal, daß die Behörde mir Schwierigkeiten macht. Seit meinem ersten Lehrerexamen 1974 versucht sie mich an der Ausübung meines Berufes zu hindern. "Verdächtig" war ich bislang vor allem wegen meins Engagements gegen die Berufsverbote und demokratischer Aktivitäten während meines Studiums.

ums. Immer wieder verpflichteten Gerichte die Regierung mich als Lehrerin zu beschäftigen, was die Behörde nicht hinderte und hindert, sich über die sonst so bereitwillig benutzte "Unabhängigkeit" der Gerichte hinwegzusetzen.

Der zuständige Regierungsbeamte hat (vgl. SZ vom 7.8.80) aufgefordert, meine Kontakte zu Kommunisten zu überprüfen. Es wäre sicherlich gesünder für die Demokratie in diesem Land wenn die Kontakte eines Franz Josef Strauß zu Faschisten in aller Welt "überprüft" würden.

Ich jedenfalls bin noch einmal bestärkt worden darin, wie richtig und überaus zeitgemäß der Anachronistische Zug ist.

"Gleichen Schritt marschieren die Lehrer
Machtverheer, Hirnverheer
Für das Recht, die deutsche Jugend
Zu erziehen zur Schlächtertugend"

schreibt Brecht. Ich will nicht tatenlos zusehen haben, wie sich eine solche Entwicklung wiederholt.

Mit solidarischen Grüßen

Christina Lichtwarck

... Minister gerold --tandler-- fragt, ob die freien demokratischen Wahlen wirklich nicht ohne Feinde der Demokratie als inneren Wahlkampf wirklich nicht ohne Feinde der Demokratie als inneren Wahlkampf wirklich nicht ohne Feinde der Demokratie als inneren Wahlkampf...



... Minister gerold --tandler-- fragt, ob die freien demokratischen Wahlen wirklich nicht ohne Feinde der Demokratie als inneren Wahlkampf...

... Minister gerold --tandler-- fragt, ob die freien demokratischen Wahlen wirklich nicht ohne Feinde der Demokratie als inneren Wahlkampf...

... Minister gerold --tandler-- fragt, ob die freien demokratischen Wahlen wirklich nicht ohne Feinde der Demokratie als inneren Wahlkampf...

... Minister gerold --tandler-- fragt, ob die freien demokratischen Wahlen wirklich nicht ohne Feinde der Demokratie als inneren Wahlkampf...

... Minister gerold --tandler-- fragt, ob die freien demokratischen Wahlen wirklich nicht ohne Feinde der Demokratie als inneren Wahlkampf...

selbst anfangen. Der obrigkeitshörige Beamte hat in der deutschen Geschichte schon genug Unheil angerichtet. Das gilt ebenso für den Antikommunismus, auf den die Staatsbediensteten eingeschworen werden sollen. Haben wir vergessen, daß auch unter der Parole des Antikommunismus die Weimarer Republik zerstört, der Faschismus errichtet und der 2. Weltkrieg begonnen wurde? Unter seinem Deckmantel bekämpft man heute auch diejenigen, die sich für mehr Demokratie, Frieden und sozialen Fortschritt einsetzen."

Genau das trifft auch zu auf den Vorwurf, die Initiative "Brecht statt Strauß" zu unterstützen. Ein zuständiger Regierungsbeamter erklärte auf Nachfragen der SZ (Artikel v. 7.8.80): "Es geht nicht darum, das Engagement gegen die Kanzlerkandidatur von Strauß zu verfolgen". Ja, um was soll es denn dann gehen, wenn die Unterstützung der Initiative "Brecht statt Strauß" Gegenstand eines Anhörungsverfahrens sein soll?

Regierungsvizepräsident Ratuschny in einem Leserbrief an die Augsburger Allgemeine vom 26. August: "Bereits der Ausgangspunkt, die Anhörung erfolge deswegen, weil sich der 'Anachronistische Zug' gegen die Kanzlerkandidatur von Ministerpräsident Strauß wende, ist unrichtig. Vielmehr geht es lediglich um die Frage einer Zusammenarbeit mit solchen Gruppen, die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die geltende Verfassung bekämpfen."

Nun, schließlich wurde ja auch schon ein Bernt Engelmann im Bayerischen Verfassungsschutzbericht unter der Rubrik "Verfassungsfeinde" aufgeführt wegen seines "Schwarzbuches". Und da es ja auch in der Tat nicht ganz zufällig ist, daß die Kommunisten beim Kampf gegen Strauß dabei sind, kann mit der obigen Argumentation immer versucht werden, darüber hinwegzutäuschen, daß heute schon konsequente Strauß-Gegner gefährlich genug sind, daß man ihnen den Beruf verbietet.

Christina Lichtwarck schreibt in ihrem Brief an das Sekretariat "Brecht statt Strauß": "Der zuständige Regierungsbeamte hat aufgefordert, meine Kontakte zu Kommunisten zu überprüfen. Es wäre sicherlich gesünder für die Demokratie in diesem Land, wenn die Kontakte eines Franz Josef Strauß zu Faschisten in aller Welt "Überprüft" würden. Ich jedenfalls bin noch einmal bestärkt worden darin, wie richtig und überaus zeitgemäß der Anachronistische Zug ist. Gleichen Tritts marschieren

die Lehrer
Machtverheer, Hirnverheerer
Für das Recht, die deutsche Jugend
Zu erziehen zur Schlächter-
tugend
schreibt Brecht. Ich will nicht tatenlos zugesehen haben, wie sich eine solche Entwicklung wiederholt."



Deffner im Abseits

Nach der Anti-Kriegs-Tags-Veranstaltung des DGB im Münchner Circus-Krone-Bau distanzierte sich der bay. DGB-Vorsitzende Deffner von der Schauspielerin Frau Hanne Hiob in einem Interview der Münchner Abendzeitung.

Anders, als für Frau Hiob behauptete er, gebe es für den DGB keine Parallelen zwischen Hitler und Strauß. Frau Hiob hatte bei der Lesung der "Hitler-Choräle" ihres Vaters B. Brecht den Satz angehängt:

"Nun danket alle Gott, daß wir Franz Josef ham".

"Nach diesem Vorfall", so Deffner "wird sie beim bay. DGB nicht mehr auftreten".

Ob Kollege Deffner es dabei belassen kann, Frau Hiob im Nachhinein künstlerisch wie politisch zu zensieren?

Was macht er denn nun mit der größten Einzelgewerkschaft des DGB, der IG-Metall, die in ihren Organen sehr wohl Parallelen zwischen Hitler und Strauß zieht. Wie steht er zu Kollegen aus den verschiedensten Einzelgewerkschaften, wie z.B. W. Bleicher, J. Moneta, u.a. die sich nicht scheuen, Strauß ins rechte Licht zu rücken?



Titelblatt der IG-Metall Broschüre zur Gewerkschaftsfrage.

Rederecht für Strauß?

STELLUNGNAHME DES GEMEINSAMEN VORSTANDES ASK MÜNCHEN/REGENSBURG ZUR DISKUSSION ÜBER FORMEN DES WIDERSTANDES

(s.DID Nr.38 und 40)

Mit dem ewig gleichen Aufschrei über die "Gewalt" versuchen Strauß und Gefolgschaft den Protest von 10 tausenden zu übertönen. Mit dem Hinweis auf "Bremen" werden Straußgegner zu "Terroristen" gestempelt. Eine Veranstaltung von Stoiber in München, bei der 16 Straußgegner verhaftet wurden, nur weil sie gegen seine "Ratten- und Schmeißfliegen"-Hetze protestierten, entfachte eine lebhafteste Diskussion.

Die bereits in der letzten Nummer des DID geführte Diskussion entzündete sich an zwei Kernfragen:

1. Gilt das demokratische Recht der Redefreiheit für jeden, also auch für Strauß und Stoiber?
2. Mit welchen Widerstandsaktionen kann und muß man als Demokrat und Antifaschist gegen Faschisten vorgehen?

In dem Aufruf des Zentralausschusses der SPD vom 15. Juni 1945 zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands fand ich folgende Sätze:

"In einer antifaschistisch-demokratischen Republik können demokratische Freiheiten nur denen gewährt werden, die sie vorbehaltlos anerkennen. Demokratische Freiheiten sind aber denen zu versagen, die sie nur nutzen wollen, um die Demokratie zu schmähen und zu zerschlagen." (aus: Dokumente und Materialien zur

Geschichte d.dt.Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd.1, S.29)

Diese antifaschistische Auffassung von Demokratie, die nicht Freiheit und Gleichheit für alle, sondern Freiheit für die De-



Leserbriefe

mokraten, aber nicht für die Reaktionäre, nicht für die Faschisten meinte, schlug sich auch nieder im Potsdamer Abkommen und sogar noch im Grundgesetz. Ganz konkret: Keine Freiheit für die NSDAP und alle faschistischen Organisationen - denn die hatten für alle Welt unbestritten die demokratischen Rechte verwirkt!

In diesem Sinne schrieb auch Brecht im Jahre 1951: Völlige Freiheit des Buches mit einer Einschränkung - völlige Freiheit des Theaters mit einer Ein-

schränkung... usw. Die Einschränkung: Keine Freiheit für Schriften und Kunstwerke, welche den Krieg verherrlichen oder als unvermeidbar hinstellen und für solche, die den Völkerhaß schüren.

Was Brecht damals für die Kunst formulierte, ist ein Kampfprogramm, heute genauso gültig wie 1951.

Die Realität bestätigt diese Haltung immer wieder. Denn in der tagtäglichen Auseinandersetzung wird unter dem Vorwand des gleichen Rechts für alle den Antifaschisten die Freiheit beschnitten und Faschisten freie Bahn geschlagen.

Beispiel: Seit Jahrzehnten erscheint die faschistische "National-Zeitung" ungehindert, die gleiche Münchner Staatsanwaltschaft aber verfolgt den DID und seinen presserechtlich Verantwortlichen wegen Verbreitung der Wahrheit über Strauß. In München dürfen Faschisten in den staatlichen "Torgelstuben" trotz Protest der Öffentlichkeit Versammlungen abhalten, aber "Rock gegen Strauß" bekommt Gaststättenverbot. Wenn in Bamberg Faschisten eine Ausstellung des DGB über den Widerstand gegen die Nazis beschädigen, hält die Staatsanwaltschaft es nicht für wert auch nur zu ermitteln. Aber zwei Münchner Antifaschisten werden seit vier Jahren (!) von der Justiz verfolgt, weil sie drei Plakate einer verbotenen Faschistenveranstaltung überklebten.

Wollen wir also ernsthaft die Demokratie verteidigen, so müssen wir klar sagen: demokratische Freiheiten - ja, aber nicht für die, die diese Freiheiten verwirkt

haben.

Die Anwendung müssen wir ganz konkret entscheiden: Darf Strauß das Recht haben, Nazis mit Sozis gleichzusetzen? Dürfen Strauß und Stoiber das Recht haben, ihre Pläne zur Zerschlagung der Einheitsgewerkschaft ungehindert zu verkünden, und damit an den Grundfesten der Demokratie zu rütteln? Hat Stoiber das Recht zu sagen, mit Ratten und Schmeißfliegen führe er keine Prozesse?

Wo ist da der qualitative Unterschied zu Behauptungen, wie der von der Auschwitz-Lüge, wo jeder einsieht, daß es verboten werden muß, die zu verkünden.

Wir sind heute schon wieder so weit, daß es tödlich für die Demokratie werden kann, ihren Feinden auch nur einen Fußbreit Spielraum zu lassen. D.h. wenn nicht jeder Demokrat in aller Schärfe den Charakter des Programms Strauß erkennt und benennt, sondern sich stattdessen vormacht, mit einem Stoiber könne man sachliche Argumente austauschen, dann kann es uns wieder so gehen wie denen, die dachten, Hitler würde sich an Recht und Gesetz halten und die Verfassung nicht brechen.

Die Angriffe der Reaktion bedingen die Formen des gegen sie gerichteten Widerstandes:

Wenn Faschisten mit Greiftrupps demokratische Veranstaltungen überfallen, werden wir uns wehren. Wenn CSU-Greiftrupps Demokraten überfallen, wie in München-Maidhausen, werden wir in Zukunft zu fünf, zu sechst unsere Plakate kleben...

Die Herren von der CSU und ihre Schreiberlinge bei "Bild" und "Münchner Mer-

kur" werden immer geifern: Politterroristen, Gewalt, Chaos usw. Das darf uns nicht irritieren.

Vor Monaten haben es die Antifaschisten in Hamburg einfach nicht mehr länger hingenommen, daß die Nazis die Stadtmitte gewalttätig beherrschten und nur noch ihre faschistische Hetzliteratur zu sehen war. Die Antifaschisten haben ihnen ihre Büchertische schlichtweg abgeräumt, mit dem Erfolg, daß sich die Faschisten seitdem nicht mehr so frech in die Innenstadt trauen.

In Frankfurt protestierten Tausende von Bürgern gegen einen Nazi-Buchladen. Einige beherzte Antifaschisten schritten zur Tat und räumten den Laden einfach aus.

Zweimal mußten in Frankfurt Tausende von Gewerkschaftern und Antifaschisten Prügel von Nazis und Polizei einstecken. - In diesem Jahr aber haben sie es geschafft: Der Römer gehörte am 17. Juni den Demo-

DOKUMENTATION



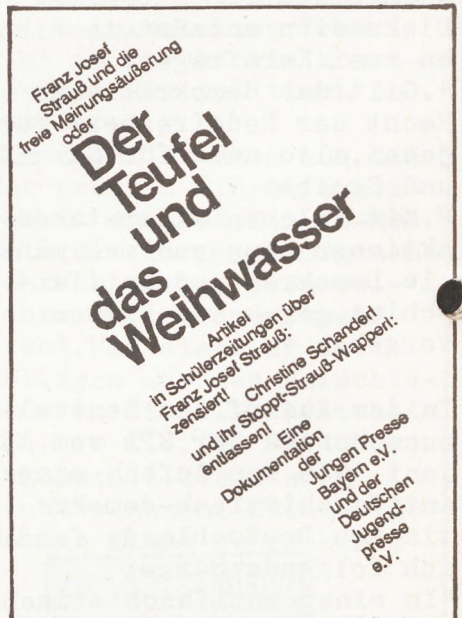
Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee, München 1979, 3. erweiterte und aktualisierte Auflage, 112 Seiten, kart., Preis: 4.80 DM. Bestellungen an Heinz Jacobi, Martin Greif-Straße 3, 8000 München 2.

kraten - und nicht den Neonazis!

Und als wir 1977 in Dachau und Fürstenfeldbruck gegen die NPD demonstrierten, hielt es die alten Kameraden von der VVN nicht mehr zurück: sie sprangen zwischen die NPD-Trommler und zogen die jungen Antifaschisten nach. Innerhalb kürzester Zeit war der Nazispuk vom Platz gescheucht.

Dies zeigt ganz deutlich: Unser Recht, das Recht der Demokraten, werden wir immer nur dann durchsetzen, wenn wir tatkräftig dafür eintreten, wenn wir Antifaschisten der Tat sind!

Gemeinsamer Vorstand des Anti-Strauß-Komitee München - Regensburg



Einzelpreis 1.50 DM
Bestellungen an:
Junge Presse Bayern e.V.
Herzog-Heinrich-Str. 7
8000 München 2

Erfolge im Plakettenkrieg



Christian Wagemann - 21 Jahre - Chemiefacharbeiter - IG Chemie, Ersatzbetriebsratsmitglied
Im Juli von der Firma Grünenthal GmbH in Stolberg bei Aachen fristlos entlassen.

Die Geschäftsleitung der Firma Grünenthal GmbH (schon einmal unruhlich bekannt geworden durch das Schlafmittel "Contergan") führte plötzlich gegen das Tragen der "Stoppt Strauss"-Plakette die berufsgenossenschaftlichen Vorschriften der Arzneimittelsicherheit ins Feld. Als jedoch der Arbeitsrichter bei der Güteverhandlung am 28. Juli als Vergleich anbot, daß die Plakette am Arbeitsplatz nicht getragen werden darf, sehr wohl aber auf dem Betriebsgelände, da ging es der Grünenthal GmbH nun nicht mehr nur darum, daß mein Anstecker nicht in die Arzneimittelmasse plumpst. Grünenthal lehnte den Vergleich ab.

Am 27. August hat Christian Wagemann vor dem Arbeitsgericht Aachen auf der ganzen Linie Recht bekommen. Sein Arbeitsverhältnis ist nicht aufgelöst, die Kosten des Verfahrens trägt Grünenthal. Nach der mündlichen Urteilsverkündung stellt das Tragen der Plakette "Stoppt Strauss" im Betrieb keine Störung des Betriebsfriedens und auch keine parteipolitische Betätigung dar. Nach Feststellung des Arbeitsgerichts gilt die im Grundgesetz garantierte Meinungsfreiheit auch innerhalb eines Arbeitsverhältnisses, d.h. Meinungsäußerungen und Diskussionen im Betrieb über Politik sind ebenso zulässig wie über Fußball. Von Anfang an haben die Kollegen sich nicht auf die Gerichte verlassen, zu Recht, wie die Entwicklung bestätigt, sondern sind selbst aktiv geworden, haben die Öffentlichkeit breit informiert. Nur so kann und muß, wie etliche Betroffene in Leserbriefen an den DID jetzt noch mal ausdrücklich betonen, entsprechen der Druck auf Bundeswehrführung, Unternehmer und Schulleitungen ausgeübt werden. Weiterhin fordern die Betroffenen in ihren Briefen jeden anderen, noch unbekannten betroffenen Strauß-Gegner auf, über sein "Schicksal" in diesem Staat zu schreiben. Wir sind derselben Meinung und drucken hier die ersten Briefe ab. (Alle Namen sind der Redaktion bekannt.)

... Ich bin der Meinung, daß jeder, der wegen einer "Anti-Strauß"-Meinung bestraft oder geahndet wurde, dies in aller Öffentlichkeit als Leserbrief darbieten sollte, damit man etwas für diese Personen und für die freie Meinungsäußerung unternehmen kann. Auf Grund solcher Leserbriefe wurden bei uns schon viele Bürger zu Strauß-Gegnern. Außerdem bieten diese Briefe der Bevölkerung Hinweise, wie sie unter dem Kanzlerkandidat Strauß, falls er zum Kanzler gewählt würde, zu leiden hätten.

Viele Anti-Strauß-Wünsche

Ein Betroffener

... Wir sind selbst zwei Betroffene. Einer von uns bekam bereits zwei Disziplinarmaßnahmen (insgesamt 21 Tage verschärfte Ausgangsbeschränkung) durch das Tragen der Stoppt-Strauss-Plakette in der Kaserne.

Der andere bekam vierzehn Tage verschärften Arrest, weil er an seinem Auto einen Aufkleber "Strauß - Nein danke!" hatte. Als er damit ausserhalb der Kasernenumzäunung eine Straße entlang fuhr, wurde er von Bundeswehrhubschraubern (!!) durch Winkzeichen zum Halten gezwungen. Er sollte den Aufkleber runtermachen, da ja auch die Straße zum militärischen Sicherheitsbereich gehöre. G. weigerte sich, da kein Schild auf diesen Sicherheitsbereich hinwies.

Daraufhin wurde G. befohlen, in die Kaserne zu gehen und das Auto außerhalb der Kaserne abzustellen. Als G. dies machte, wurde ihm vom Spieß der verschärfte Arrest ausgesprochen. Als G. eine Beschwerde einlegte, wurde der Spieß auf Freiheitsberaubung angezeigt. G. wurde Recht gegeben und mit einer Geldsumme von 400.- DM entschädigt.

Während der Haft organisierte ein Kamerad die Solidarität. Er hatte mit anderen Kameraden über tausend (!!) Stoppt-Strauß und Strauß - Nein Danke - Aufkleber verklebt. Die Kameraden waren für das Recht auf freie Meinungsäußerung, da ja auch das Bundeswehrheft "Aktuell" massenhaft verteilt wird.

Auch R. bekam vor und nach der Diszi Solidari-tät. Fast die Hälfte seiner Kompanie (62 Kameraden) forderte die Zurücknahme der Disziplinarmaßnahme. Die Unterschriften dazu wurden teilweise während der Dienstzeit gesammelt. Auch Aufkleber wurden in der Kaserne gesichtet, z.B. an der Kasse des Kantinenwirts, der sie nicht entfernte. Wir sind der Meinung, daß sich das Tragen der Stoppt-Strauss-Plaketten lohnt. Wir glauben auch, daß es noch mehr Beispiele gibt, die wir nur nicht wissen. Darum bitten wir die Betroffenen auf diesem Wege, ihre Fälle bekannt zu geben.

Viele Anti-Strauß-Grüße
Zwei betroffene Kameraden



Deutschaufsatz - Gegen Strauss - Note 6!

Ich bin 15 Jahre alt und gehe in eine Hauptschule in einer baden-württembergischen Kleinstadt. Meine Klasse bekam im Deutschunterricht einen Hausaufsatz über politische Meinungsäußerung auf. Wir durften uns zu Hause stichhaltige Argumente für oder gegen Parteien bzw. Politiker aufschreiben. Ich wählte das Thema "Strauß - Nein danke!" Als dieser Aufsatz benotet wurde, wurde nur aus rechtsradikaler Sicht bewertet. Anders kann man es nicht nennen, denn ich erhielt die Note 6. Ich ging zum Direktor, der dies neutral bewertete.

Bei ihm bekam ich die Note 3, da ich nur Gegenargumente hatte. Der Direktor ließ die Lehrerin holen und hat ihr klargemacht, daß, wenn sie solche Aufgaben der Klasse stellt, ihre eigene politische Meinung raushalten soll.

Ich werde versuchen, diesen Aufsatz zu bekommen, damit ich es veröffentlichen kann. Ich schreibe euch aber trotzdem, was für stichhaltige Argumente ich brachte:

Strauß besteht nur auf seiner Meinung und hört nicht auf andere!

Wenn Strauß eine wichtige Rede hält, gibt es hinterher immer ein großes Fest (Fressen!) auf Staatskosten!

Aus einer Zeitschrift konnte ich entnehmen, daß Strauß bei Auslandsreisen die meisten Unkosten macht.

Strauß findet es als bodenlose Unverschämtheit, daß Leute eine Stoppt-Strauß-Plakette tragen, und dies, obwohl wir die freie Meinungsäußerung haben.

Ich werde mich auch weiterhin von dieser Meinung nicht abbringen lassen.

Freundliche Anti-Strauß-Grüße aus dem "schwarzen" Baden-Württemberg



STAND DER RICHTLICHEN AUSEINANDERSETZUNG



Michael Rehorik - 19 Jahre - Maschinenschlosser - IG Metall, Jugendvertreter.
Von der Firma Händler in Regensburg im März entlassen.

Am 5. August entschied das Arbeitsgericht Regensburg, daß ich zu Recht wegen Tragens einer "Stoppt Strauss"-Plakette fristlos entlassen wurde. In Kürze das Urteil des Arbeitsgerichts Regensburg:

- "Stoppt Strauss" sei keine politische Meinungsäußerung, sondern verbotene Parteipolitik, weil es sich gegen den Kanzlerkandidaten einer großen Partei richtet.

- Als Jugendvertreter hätte ich mich nicht parteipolitisch äußern dürfen.

- Das Tragen einer "Stoppt Strauss"-Plakette sei Störung des Betriebsfriedens. Dabei ist nicht entscheidend, ob es tatsächlich zu einer konkreten Störung gekommen ist. Allein die Annahme, daß es zu einer Störung kommen kann, reicht aus.

Fünf Umschüler zum Metallfacharbeiter beim Berufsförderungswerk Eckert in Regenstauf bei Regensburg:

Wolfgang Gottfried - 22 Jahre - Deutsche Postgewerkschaft

Hans Neun - 36 Jahre, verheiratet - IG Metall

Hartmut Killer - 30 Jahre, verheiratet, 1 Kind - IG Druck und Papier

Konrad Karl-Schilde - 30 Jahre, verheiratet, 1 Kind - ÖTV

Hubert Scheibinger - 26 Jahre, verheiratet, 1 Kind - IG Metall

Am 6. Juni entschied das Landgericht Regensburg, daß wir mit "Stoppt Strauss"-Plakette die Umschulung weitermachen können. Eckert legte dagegen Berufung ein. Das Oberlandgericht Nürnberg gibt Eckert Recht, umgeht es aber wenigstens, ein politisches Urteil zu fällen: Wir können Eckert nicht verklagen, weil wir keinen Vertrag mit Eckert haben. Nur das Arbeitsamt ist für uns zuständig. Jetzt geht es weiter am Sozialgericht. Wie Eckert sich verhalten wird, wissen wir nicht, da gerade Urlaub ist bis zum 1. September. Wir sehen die Sache so: Wenn nur das Arbeitsamt für uns zuständig ist, dann hat Eckert uns auch nichts zu verbieten.



Zwei Umschüler zum Metallfacharbeiter bei der Firma Siemens in Regensburg:

Heinz Vogt - 22 Jahre, verheiratet, 1 Kind - IG Metall

Horst Vogt - 22 Jahre - IG Metall

Anfang April aus der Umschulung gefeuert.

Nach über einem Vierteljahr hat das Oberlandgericht Nürnberg auch in unserem Fall entschieden. (Die Berufung von Eckert ging dagegen schon in 14 Tagen über die Bühne). Das Urteil ist entsprechend wie bei Eckert - auch für uns ist allein das Arbeitsamt zuständig. Wir werden uns zusammen mit den Eckert-Kollegen an den Sozialminister Ehrenberg wenden, ob er solche Zustände decken will, daß hier das Arbeitsamt, das ja anscheinend allein für uns zuständig ist, sich von den Betrieben kommandieren läßt.





Aus Betrieb und Schule

Aus einem Leserbrief

... Wir sind ein kleinerer Handwerksbetrieb mit ca. 20 Leuten. Auch hier wieder der Großteil CDU-Anhänger. Montags müssen wir immer ins Büro vom Chef, um zu fragen, wohin wir zur Arbeit müssen. Da ich genau wußte, daß die Betriebsleitung (Chef und seine Familie) alle für Strauss sind, bin ich aus voller Überzeugung mit der Ansteckplakette rein, um zu sehen, wie sie reagieren. Als der 2. Chef (zugleich Schwager vom Chef) meinen Anstecker sah, explodierte er im wahrsten Sinne des Wortes. Er schrie mich an, ich solle das Ding auf der Stelle wegnehmen und zwar schnell. Im Betrieb sei keine Politik erlaubt bzw. verboten. Also mußte ich den Anstecker wegnehmen. Zwar versuchte ich mich zu verteidigen, aber vergebens. Auf der Fahrt zur Arbeitsstelle meinte dann der Chef, sowas könne man in einer Fabrik tragen, aber nicht bei uns in unserem Beruf. Wir müssen auch an die Kundschaft denken, da wir nicht wissen, was für eine Einstellung diese habe. Zuvor mußte ich mich allerdings noch von ihm als "nicht ganz richtig im Kopf" bezeichnen lassen. Da sieht man wieder, daß der kleine Arbeitnehmer, in meinem Fall noch Lehrling, kein Recht auf freie Meinungsäußerung hat. Hört unsere Demokratie schon am Betriebstor auf?



vom 20.8.80.

Rauswurf wegen Strauß-Wapperl ist unrecht

„Stoppt Strauß“: Erstmals eine Schülerin gefeuert (AZ vom 18. Juli)

„Es ist eine Zumutung für alle Schüler, daß man seine Meinung in der Schule nicht vertreten darf. Nach einer Diskussion in unserer Klasse kamen wir zu dem Beschluß, daß die Schülerin Christine Schanderl zu Unrecht aus der Schule geflogen ist.“

Eine persönliche Meinungsäußerung darf nicht zu einem Schulausschluß führen. Ob der Herr Kultusminister Hans Maier wohl um seine Stellung fürchtet, wenn er solche Meinungs-

äußerung tatenlos an sich vorbeiziehen läßt...

In unserem Grundgesetz steht: Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Diese Meinungsäußerung beinhaltet das Recht, der Öffentlichkeit in Wort und Schrift mitgeteilt zu werden. Wenn solche Schulausschlüsse Schule machen, dann fragen wir uns: wo ist da eigentlich unsere Demokratie, wenn man seine Meinung nicht vertreten kann?“

23 Unterschriften der Klasse 8a
Hauptschule Implerstraße
München

Dokumentation

Die Entlassungen von Strauss-Gegnern



Die Broschüre ist über die Kontaktadresse zu beziehen (zum Preis von DM 2.-- plus Porto und Versandkosten).

Kontaktadresse: Heinz Vogt
Silberne Fischgasse 16
8400 Regensburg
Tel.: 0941/54109

"Wer hierüber nachdenkt, der kann sich vorstellen, was Strauss mit uns allen machen wird, wenn er erst an der Macht ist."

"Es ist ungeheuerlich, daß Demokraten sich heute erst die Meinungsfreiheit erstreiten müssen, um überhaupt etwas gegen Strauss sagen und tun zu können."

Solche und ähnliche Meinungen hören wir beim Verkauf der Broschüre in der Stadt.

Vorsicht:Falsche Freunde

Bei den massiven Flächenstreiks der polnischen Arbeiter geht es um wirtschaftliche und politische Forderungen der Arbeiterschaft gegenüber der Regierung. Polen wandelt sich zur Zeit von einer Agrar- in eine Industriegesellschaft. Dies ist ein schwieriger Prozeß, der nirgendwo reibungslos vonstatten geht, man denke nur an vergleichbare westliche Länder wie Portugal, Spanien oder Italien. Ein ehrgeiziges Wirtschaftsprogramm hat zu hoher Verschuldung geführt, neue Strukturprobleme treten auf, die im übrigen kaum kollektivier- te Landwirtschaft arbeitet in unrentablen Kleinbetrieben.

Die Arbeiter fordern mehr Lohn, die Zulassung unabhängiger Gewerkschaften, das Streikrecht und die Pressefreiheit, außerdem eine tiefgreifende Reform in Staatsapparat und Gesellschaft. Sie verlangen nicht etwa nach einer "Freien Marktwirtschaft" westlichen Stils, vielmehr nach realer Einlösung demokratisch-sozialistischer Rechte in Wirtschaft und Politik. Keineswegs brauchen sie Schützenhilfe von "Bild" und unseren rechten Konzern- und Großbanken-Politikern wie Strauss und anderen.

Eigenartig, merkwürdig, wie Leute des großen Geldes für Arbeiter sich stark machen - in Polen.

Warum nicht hier? Eigenartig, wie unsere Rechten Freunde des Polnischen Volkes spielen. Was für ein Geschrei von "Systemveränderung", "Subversion" und "Unterwanderung", wenn bei uns ähnliche Forderungen der Arbeiterschaft erhoben werden, wenn etwa in Duisburg-Huckingen statt an der polnischen Ostseeküste ein Streik "droht".

In Wirklichkeit ist es doch so, daß die Reaktionen sich genauso wenig um das Wohl der Arbeiter in Polen scheren, wie sie das bei uns tun. Vielmehr geht es doch darum, von hier aus mitzumischen, die Gunst der Stunde zu nutzen, um alten Zielen der Banken und Konzerne -



Die Arbeiter geben nicht nach: in einer Delegierten- versammlung beschlossen sie eine Fortsetzung des Streiks. Immer mehr Kollegen solidarisieren sich mit ihnen.

die Ausweitung ihres Einflusses nach Osten – einen Schritt näher zu kommen.

Polen war schon einmal eines der Hauptopfer des faschistischen Ostlandrittes. Der Faschismus spitzte alle Ressentiments und nationalistischen Haßgefühle gegen das polnische Volk zu; gepflegt wurden sie schon seit der Ostkolonisation durch Markgrafen, Ritterorden und dergleichen. Die preußisch-ostelbischen Großgrundbesitzer behandelten importierte polnische Tagelöhner als Dreck "Polacken", "polnische Wirtschaft"). Im Ruhr-Revier setzte sich die Verachtung der damaligen polnischen Gastarbeiter solange fort, als sie als Polen zu erkennen waren. Der allgemeine wirtschaftliche und technische Vorsprung des Westens gegenüber den östlichen Ländern (wo sich die rückständige Feudalgesell-

schaft länger gehalten hatte) wurde u.a. den Polen als rassische Minderwertigkeit ausgelegt. In der NS-Zeit verlor Polen an die sechs Millionen Menschen. Der Faschismus hatte es nicht nur auf die 1939 etwa 3,4 Millionen polnischer Juden abgesehen. Auch andere Polen starben wie die Fliegen, als Kriegsgefangene, als rechtlose "Ostarbeiter" in deutschen Industriebetrieben. Die Flickdynastie zeichnete sich dabei aus, die IG-Farben, u.a. Bosse. Überleben durften sie als rechtlose Wanderarbeiter für "die Großbauten des 3. Reiches", wie Hitler feststellte. Auffällige Patrioten, sämtliche Intellektuellen sowie ein Teil der Priester wurden in riesigen Zahlen umgebracht. Auf polnischem Boden entstanden zahlreiche KZs, eine wahre Industrie des Todes: Auschwitz, Treblinka, Chelmno, Sobibor mit Ne-

benlagern. Im August bis September 1944 wurde Warschau zu mehr als 80% dem Erdboden gleich gemacht, um einen Volksaufstand niederzuzumetzeln. Die berüchtigten Einheiten von Kaminski und Dirlewanger wüteten derart, daß es in der allgemeinen Brutalität des Ostkrieges noch erschreckend auffiel. Dies also ist in groben Zügen die historische Schuld der deutschen Rechten am polnischen Volk. Kein Grund also für die Traditionswahrer unguter Zeiten, sich am polnischen Feuerchen jetzt die Hände zu wärmen. Die Kontroverse der polnischen Arbeiter mit ihrer Regierung ist eine interne Angelegenheit des polnischen Volkes und ganz sicher nicht das, was gewisse Herren hier daraus machen möchten – einen "Aufstand gegen den Sozialismus".



Streikposten vor der Leninwerft in Gdansk (Danzig): Forderungen der Beschäftigten und das weitere Vorgehen berät, halten Arbeiter das Tor zum Betrieb besetzt.

Alle Schriften, Dokumenten- te ... über das Sekretariat "Brecht statt Strauß" zu bekommen:



Aufruf

"Brecht statt Strauß", mit Gedicht, 2 Seiten

0,03 DM

Zeitungsblatt Nr. 1

vom 1. August 1980, 6 Seiten

0,08 DM

Zeitungsblatt Nr. 2

vom 29. August 1980, 8 Seiten

0,12 DM

Rundbrief

an alle Unterstützer vom 5. August 1980 mit Bericht vom zentralen Arbeitstreffen am 2./3. 8. in Bergisch Gladbach

—

Pressespiegel

mit Berichten über Veranstaltungen mit Hanne Hiob

2,00 DM

"Brecht statt Strauß – Vorbereitungen für eine Reise durch die Republik"

Teilprotokoll der Pressekonferenz vom 11. Juni 1980 in Bonn und andere Dokumente

1,00 DM

Plakat

"Brecht statt Strauß – Eine Reise durch die Republik"

0,21 DM

"Realistisch gegen Strauß"

Schrift über den Charakter des Zugs, 18 Seiten

0,50 DM

Regiebuch

5,00 DM

Film-Exposé

"Eine Reise durch die Republik oder Freiheit und Democracy"

2,00 DM

Sekretariat

"Brecht statt Strauß"

Tulbeckstraße 4,

8000 München 2,

Tel. (089) 5 02 15 71

Übrigens



auch nach
der Wahl

Bestellschein

Hiermit bestelle ich ab

0 ein Jahresabonnement DM 8,-

0 ein Förderabonnement
(DM 20,-)

des DEMOKRATISCHEN
INFORMATIONSDIENSTES

Name:

Vorname:

Straße:

Ort:

Bitte senden an:

Heinz Jacobi

Martin Greif-Straße 3, 8 Mü. 2

DEMOKRATISCHER INFORMATIONSDIENST

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee

Das Anti-Strauß-Komitee ist parteipolitisch nicht gebunden: Im ASK arbeiten Strauß-Gegner gleich welcher Herkunft, Partei oder Weltanschauung zusammen gegen die wachsende Gefahr der rechten und ultrarechten Kräfte. Strauß ist heute der Sammelpunkt für diese Kräfte; dahinter stehen einflußreiche Vertreter von Banken und Großindustrie.

Das Anti-Strauß-Komitee setzt sich ein für die Erhaltung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte. Das Anti-Strauß-Komitee will einen Beitrag dazu leisten, den Gedanken der Einheit aller demokratischen Menschen zu fördern.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Heinz Jacobi, Martin-Greif-Straße 3 8000 München 2
München, Regensburg: Eigendruck im Selbstverlag

Postscheckkonto Jacobi
München 28 82 65 - 809